

04/2017

fdplus

WIR BLEIBEN DRAN



Regierungsbildung

Wir glauben, dass
es anders geht

Christian Lindner

Wir sind die liberale
Partei der Mitte

Bundestagsfraktion

Jetzt fängt die Arbeit
richtig an

WEIL SIE SCHREIBEN, WAS SIE DENKEN.



Der Investigativ-Journalist **Ahmet Şık** hat auf der Frankfurter Buchmesse den diesjährigen Raif Badawi Award der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erhalten. Entgegennehmen konnte er ihn nicht. Er sitzt seit dem 29. Dezember 2016 in der Türkei in U-Haft.

#FreeRaif
#FreeThemAll



freiheit.org/menschenrechte

Freiheit.org

Editorial

Ein erfolgreiches Jahr geht zu Ende



Nicole Kieser
Chefredakteurin

Für die Freien Demokraten geht ein erfolgreiches Jahr zu Ende: der Wiedereinzug in den Bundestag ist geschafft. Bei den Landtagswahlen konnten Stimmenzuwächse erzielt und in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ist die FDP an der Regierung beteiligt. Die Unermüdlichkeit, die Geschlossenheit und der Einsatz in den vergangenen vier Jahren hat sich für die Freien Demokraten ausgezahlt. In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick zurück und schauen zugleich nach vorn. „Wir bleiben dran!“ lautet das Motto der Freien Demokraten zum Jahreswechsel. Darüber spricht der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner in einem Interview in dieser Ausgabe. Die Generalsekretärin Nicola Beer bedankt sich für das herausragende Engagement der Basis und der vielen Unterstützer im Wahlkampf und während des Erneuerungsprozesses der Partei. Wir blicken unter anderem auf die Arbeit der FDP in den Bundesländern, in denen sie Regierungsverantwortung übernommen hat und auf die selbstbewusste Arbeit der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, deren Köpfe wir auf den nächsten Seiten vorstellen. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihre



**Wir glauben,
dass es anders geht**

Von einem Reformprojekt war ein Jamaika-Bündnis weit entfernt

5 Meldungen

6 Dank an die weltbesten Mitglieder

Im Deutschen Bundestag gibt es nun wieder eine liberale Stimme

8 Wir bleiben dran

Interview mit Christian Lindner zur Rolle der FDP in der Opposition

10 Mit Mut und Leidenschaft für freiheitliche Politik

D1 Die Freien Demokraten waren Trendsetter im Wahlkampf

12 Wir glauben, dass es anders geht

14 Jetzt fängt die Arbeit erst richtig an

Bericht über den Auf- und Ausbau der Bundestagsfraktion

D3 Die 80 Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

D6 Mit Verlässlichkeit, Rückgrat und liberaler Haltung

16 Hitzige Debatte um Schulgeldhöhe an privaten Ersatzschulen

18 Die Freien Demokraten in Regierungsverantwortung

Meldungen

Staffelübergabe im Hans-Dietrich-Genscher-Haus

Am 1. November hat Marco Mendorf, der zuvor Politischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion NRW war, die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers der FDP übernommen. Der bisherige Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann wurde zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag gewählt. Auch die Pressestelle ist neu aufgestellt: Nicole Kieser ist neue Pressesprecherin der FDP. Sie ist seit September 2017 als stellvertretende Pressesprecherin an Bord und übernimmt den Sprecherposten nun von Nils Droste, der diesen seit 2014 innehatte. Nils Droste wechselte als Pressesprecher und Leiter der Pressestelle in die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Marco Mendorf, Christian Lindner, Marco Buschmann

Basisanträge zum 69. Ord. Bundesparteitag

Wichtige Information: 250 Mitglieder können gemeinsam Anträge zum Bundesparteitag stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen. Die Voraussetzungen: Antrag bzw. Wahlvorschlag formulieren, Unterstützungsunterschriften von mindestens 250 Mitgliedern sammeln und einen Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt.

Fristen zum Bundesparteitag: Für Satzungsänderungsanträge: 15. Februar 2018, 24.00 Uhr. Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen: 26. März 2018, 24.00 Uhr und für sonstige Anträge: 12. April 2018, 24.00 Uhr. Einzuzureichen unter: antraege@bundesparteitag.de.

Nach Ende der Antragsfrist werden alle Anträge auf meine-freiheit.de veröffentlicht.



Daniel Glöckner

FDP in kommunaler Verantwortung

Nicht nur bei der Bundestagswahl konnten die Freien Demokraten überzeugen. Auch bei Bürgermeisterwahlen legten sie zu, inklusive sensationeller Premieren: So übernimmt mit Daniel Glöckner im hessischen Gelnhausen zum ersten Mal ein Freier Demokrat das Bürgermeisteramt. Mit ihm hat die FDP nicht nur das Rathaus erobert, er ist jetzt einer von elf liberalen Bürgermeistern in Hessen und der Erste im Main-Kinzig-Kreis. Auch im Osten konnten sich Freie Demokraten gegen CDU und SPD durchsetzen. So bleibt Hans Günther Oberlack im brandenburgischen Gliencke für weitere acht Jahre im Amt. In Doberlug-Kirchhain konnte Bodo Broszinski die Wahl für sich entscheiden. Und in Laage in Mecklenburg-Vorpommern heißt der neue Bürgermeister Holger Anders.



Antragsabstimmung beim Bundesparteitag

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Nicole Kieser | Chef vom Dienst: Roland Kowalke | Redaktion: Doris Bergmann, Thomas Diener, Thomas Hahn, Nils Droste, Caitlin Hardee, Petra Horstick, Michael Lindner | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: kowalke@fdplus.de, Telefon: (030)28 49 58 46, Telefax: (030) 28 49 58 42 | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Anzeigen: iden@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 38, Telefax: (030) 28 49 58 32 | fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand.

Dank an die weltbesten Mitglieder

Dass es im Deutschen Bundestag nun wieder eine liberale Stimme gibt, ist nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, sondern vor allem auch den Mitgliedern unserer Partei, die sich geeint wie selten zuvor für ihre, unsere Ideen und die Rückkehr in das Bundesparlament engagiert haben.



Nicola Beer
FDP-Generalsekretärin

Die ersten Büros im Reichstagsgebäude sind bezogen, erste Abstimmungen haben wir erfolgreich hinter uns gebracht und die neue Bundestagsfraktion der Freien Demokraten wächst als Team zusammen.

Dass es im Deutschen Bundestag nun wieder eine liberale Stimme gibt, ist nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die uns am 24. September ihr Vertrauen geschenkt haben. Es ist vor allem auch den Mitgliedern unserer Partei zu verdanken, die sich geeint wie selten zuvor für ihre, unsere Ideen und die Rückkehr in das Bundesparlament engagiert hatten. Für eine Politik, die nicht auf den Staat setzt, sondern auf Freiheit und Verantwortung der Menschen in unserem Land.

Daher: Dank den weltbesten Mitgliedern! Danke für das En-

gagement und den fulminanten Einsatz, die Debattenkultur und die Geschlossenheit, mit der wir uns in den zurückliegenden Jahren für die Freien Demokraten eingesetzt haben. Danke für eine Unterstützung, von der andere Parteien nur träumen können. Für Inspiration und Optimismus, für Leidenschaft und Aufopferung.

Nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag im Jahr 2013 haben die Mitglieder eine klare Botschaft vermittelt: Wir wollen kämpfen! Wir wollen nicht über das Geschehene lamentieren, sondern etwas verändern und aus Überzeugung und mit klarer Haltung für eine neue, starke, selbstbewusste FDP streiten.

Es folgte der wohl intensivste Change-Prozess, dem sich je eine deutsche politische Gruppierung, erst recht eine Par-

tei, unterzogen hat: Die Neugestaltung von der Basis ausgehend und unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder.

In den vergangenen vier Jahren habe ich nicht nur zahlreiche kleine Bahnhöfe unseres Landes kennen- und Flugpläne auswendig gelernt, sondern unzählige beeindruckende Mitglieder auf allen Ebenen erlebt – Frauen und Männer, die im Wahlkampf beschimpft und nach dem Rausfliegen aus dem Bundestag mit Häme überschüttet worden waren. Sie stellten uns Fragen und lieferten damit gleichzeitig die Antworten für die Erneuerung. Es waren bewegende Begegnungen. Gemeinsam mit Ihnen allen haben wir den Geist, die Leidenschaft, die Haltung der Partei herausgearbeitet, unseren Kompass neu ausgerichtet.

Nicht allein durch den Wiedereinzug in den Bundestag, sondern vor allem durch den Umgang mit der Wahlniederlage sind wir zu selbstbewussten Freien Demokraten geworden. Die Diskussionen waren nicht immer leicht, aber sie waren ehrlich und notwendig. Sie waren die Grundlage unseres Programms, an dem Sie alle mitgeschrieben haben. Nie war die Partei geschlossener als in den letzten vier Jahren. Herausragend war das Engagement!

Eine Partei in der APO hat nichts zu verschenken, ja nicht einmal zu versprechen – außer eines: Dass unsere gemeinsam definierten Prinzipien und Ziele nie wieder in Frage gestellt werden dürfen. Sie, unsere Mitglieder, haben an die Ideale der Partei und an die Idee von Freiheit und Verantwortung geglaubt und uns als Bundesvorstand einen Vertrauensvorschuss gegeben. Sie haben uns von Erfolg zu Erfolg getragen, Rückenwind gegeben, aber auch immer wieder Bodenhaftung. Auch dem sind wir verpflichtet, der Art und Weise, wie wir in den vergangenen vier Jahren miteinander gearbeitet haben.

Fortlaufend erneuern wir unser Versprechen, Ideale der Freien Demokraten hochzuhalten, Werte, die uns unsere Mitglieder ins Programm geschrieben haben. Für diese Werte werden wir als starke Opposition im Deutschen Bundestag eintreten - selbst wenn das bedeutet, wieder einmal im Gegenwind zu stehen, weil wir Sondierungen für Jamaika beendet haben. Um unserer Werte willen.

Anzeige

Innovation first.

Unsere Energieversorgung braucht ein Update. Jedenfalls, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben und unseren Kindern eine moderne und saubere Zukunft bieten wollen. Zum Glück steckt dieses Land voller intelligenter, innovativer Lösungen, die sich auch noch skalieren lassen. Nutzen wir diese Energie. **Die Welt von morgen beginnt schließlich schon heute.**



Wir bleiben dran!

Interview mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner über das Ende der Sondierungsverhandlungen, die Rolle der FDP in der Opposition und erste Schritte der Bundestagsfraktion.



Nicole Kieser
stellte die Fragen

Was ging Ihnen am Wahlabend des 24. September durch den Kopf?

Zunächst einmal natürlich Freude über den gelungenen Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag und das für uns sehr gute Wahlergebnis. Für mich war aber schnell klar, dass es jetzt erst richtig losgeht. Mit einer starken Fraktion von 80 Abgeordneten wollen wir uns nun in der Opposition für eine bessere Politik stark machen.

Das war in einer Regierung gemeinsam mit der Union und den Grünen nicht möglich?

Auch nach wochenlangen Sondierungsgesprächen fehlte es an einer gemeinsamen Idee von der Modernisierung dieses Landes. Die Wahlprogramme waren zu widersprüchlich. Während wir den Einzelnen stark machen und bürokrati-

sche Fesseln lösen wollen, setzen die Grünen eher auf mehr staatliche Lenkung des Lebens und Erziehung des Einzelnen. Jamaika hätte eben kein Reformprojekt für Deutschland bedeutet, wie von vielen erträumt. Stattdessen wäre Jamaika Stillstand gewesen, und schlimmer noch, es wären für uns nicht verantwortbare Vorhaben der Grünen dazu gekommen. Wir wurden für echte Trendwenden bei Bildung, Entlastung, Europa und Einwanderung gewählt. Zu unseren Überzeugungen und Grundwerten stehen wir auch nach der Wahl.

Wie gehen Sie mit der Kritik an der FDP nach dem Jamaika-Aus um?

Offenbar haben einige in den Freien Demokraten den Steigbügelhalter für Schwarz-Grün gesehen. Da machen wir nicht mit. Kritik halten wir da gerne aus. Mit unserer Entscheidung, die Sondierungen zu beenden und in die Opposition zu gehen, sind wir absolut im Reinen. Übrigens haben



Christian Lindner

wir nach dem Ende der Gespräche viel Zuspruch erhalten. Es gab seitdem mehrere hundert Neueintritte in die FDP.

Wie geht es nun weiter?

Wir bleiben dran! Wir kämpfen als konstruktive Opposition für Fortschritt in diesem Land und eine faire Balance zwischen Bürgern und Staat. Durch unseren Schritt wurde Deutschland repolitisiert. Der Deutsche Bundestag gewinnt an Bedeutung und es gibt endlich wieder eine lebendige Opposition. Das nennen wir staatspolitische Verantwortung. Apropos, die Bundestagsfraktion hat als erste Initiative einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerrechte in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit muss wieder eine die Grundrechte achtende Balance finden. Außerdem arbeitet die Fraktion an einem Gesetzentwurf zum Familiennachzug. Und in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gestalten wir die Politik des jeweiligen Landes in verschiedenen Regierungskonstellationen mit. Die Freien Demokraten sind gut aufgestellt.

Gibt es einen Rechtsruck der FDP, wie in einigen Medien vermutet wird?

Wir sind die liberale Partei der Mitte. Wir denken fortschrittlich, progressiv, weltoffen, europäisch. Für die Grünen gilt

man offenbar schon als deutschnational, wenn man stärker auf die Freiheit der Menschen setzt als auf Bürokratie und den technischen Fortschritt denen überlassen will, die etwas davon verstehen. Wir wollen die finanzpolitische Eigenverantwortung der Staaten in der Euro-Zone stärken und stehen dabei an der Seite vieler liberaler Freunde in Europa, darunter die Regierung der Niederlande. Wir fordern, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige bis auf Härtefälle so lange ausgeschlossen bleibt, bis es ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem gibt. In der Einwanderungspolitik ist uns das liberale Kanada ein Vorbild.

Über 11.500 Neumitglieder kamen im Jahr 2017 zur FDP. Ein schönes Geschenk zum Jahresabschluss?

Es handelt sich dabei um einen Aufnahmerecord, der uns alle sehr freut. Der hohe Zuspruch bestätigt uns in unseren Zielen und unserer Haltung. Daran knüpfen wir im neuen Jahr an und werben weiter um Unterstützung für unsere liberale Idee.

Mit Mut und Leidenschaft für freiheitliche Politik

Christian Lindner: „Die vergangene Wahlperiode war die erste ohne liberale Stimme im Parlament, es soll zugleich die letzte gewesen sein.“



Petra Horstick
Redakteurin



Caitlin Hardee
Redakteurin

Vier Jahre in der außerparlamentarischen Opposition, ein Wahlkampf im Dauereinsatz und das spektakulärste politische Comeback der bundesdeutschen Geschichte: In diesem Jahr stritten die Freien Demokraten mit maximaler Leidenschaft und Hingabe für neues Denken im Bund und erzielten damit einen historischen Erfolg. 10,7 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme für mutige, freiheitliche Politik ab. „Die vergangene Wahlperiode war die erste ohne liberale Stimme im Parlament, es soll zugleich die letzte gewesen sein“, sagte FDP-Chef Christian Lindner am Wahlabend. „Denn ab jetzt gibt es wieder eine Fraktion der Freiheit im Bundestag.“

Eine solche Bundestagswahlkampagne hatte es in Deutschland noch nie gegeben: Dynamisch, selbstironisch und ge-

wagt. Plakate mit schwarz-weiß Motiven der Kandidaten und viel Text bestimmten das Straßenbild der Republik. Die Freien Demokraten warben mit FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner landauf, landab für eine neue Politik im Umgang mit der Digitalisierung, der Bildung, der Wirtschaftspolitik. Das Motto: Denken wir neu.

Mit diesem Slogan meldeten sich die Freien Demokraten als „Partei der Mitte für die Mitte“ zurück. Die Kampagne war getragen von Mut, Optimismus und Gestaltungsfreude. Ansprechen sollte sie die ungeduldige Mitte im Land, die sich mehr als Status quo wünscht. Neben Großflächen und Plakaten setzte die FDP stark auf Bewegtbild- und Online-Maßnahmen. Es war der digitalste Wahlkampf, den die FDP je gemacht hat, gewährte der damalige Bundesgeschäftsfüh-

rer Marco Buschmann einen Blick hinter die Kulissen. Die Arbeitsweise sei auf den digitalen Lebensrhythmus ausgelegt, betonte er: „Wir haben dafür eine völlig neue Einheit implementiert, den Digital Circle. Dort sitzen Vertreter der Bundesgeschäftsstelle, aus der IT, von unserer Digitaltochter Universum und natürlich von unserer Agentur Heimat.“ Die Zusammenarbeit nach dem Prinzip agiler Kooperation führe dazu, „dass wir sehr schnelle Reaktionszeiten haben und besonders gut neue Entwicklungen aufgreifen können“. Insbesondere junge Menschen unter 30 (13 Prozent), Selbstständige (18 Prozent) und Hochschulabsolventen (15 Prozent) fühlten sich vom mutigen Weltbild der Freien Demokraten inspiriert und gaben ihnen ihre Stimme. Wie die Freien Demokraten wollten diese Menschen nicht länger warten, bis Deutschland wichtige Zukunftsaufgaben anpackt. Im Wahlkampf-Endspurt hatte die FDP ihre Kernforderungen in zehn Trendwenden gegossen, die das Land voranbringen sollen. Neben weltbesten Bildung fordert sie deutlich mehr Engagement bei der Digitalisierung, eine faire Balance zwischen Bürgern und Staat, einen durchsetzungsfähigen Rechtsstaat, eine liberale Einwanderungspolitik in-



Jährliche Erinnerung an den Steuerzahlertag

klusive einem Einwanderungsgesetz, eine vernünftige Energiepolitik, eine moderne Gesellschaft, das klare Bekenntnis zu Europa mit einer Trendwende für die Eurozone und ein verantwortungsbewusstes Auftreten in der Welt.

Anzeige

FÜR UNSERE GESUNDHEIT HAT INSELARZT MARTIN 700 SPRECHZIMMER.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/martin

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER



DIE FREIEN DEMOKRATEN WAREN TRENDSETTER IM WAHLKAMPF:

- Erste Partei, die ein dynamisches Werbebanner in Deutschland geschaltet hat.
 - Sie entwickelte als erste einen Nachrichtendienst: Auf besonders wahlkampfrelevante Beiträge und Aktionen in den sozialen Netzwerken wies die FDP über ihren Facebook-Messenger-Dienst FDPush hin.
 - Sie war die erste Partei mit einem Twitter-Bot: FDPShots beantwortete Fragen nach den Inhalten der Freien Demokraten in 140 Zeichen.
 - Sie war die erste Partei mit einer Alexa Skill. Sie ermöglichte es, nach Schlagworten wie zum Beispiel Datenschutz und Globalisierung zu suchen und mehr über die Positionen der FDP zu erfahren.
 - Die größten Wahlkampfveranstaltungen fanden auf den Social-Media-Profilen statt.
 - Das Wahlprogramm war bei iTunes, Amazon, als Podcast, über Hörbücher, in Gebärdensprache und als fast zweistündiger Film verfügbar.
 - Die Freien Demokraten legen um 6 Punkte auf 10,7 Prozent zu. Das war der höchste Zugewinn ihrer Geschichte.
 - FDP-Vize Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat mit 19,76 Prozent der Zweitstimmen in ihrem Wahlkreis das bundesweit beste Wahlkreisergebnis der FDP erzielt.
-
- Die neue Fraktion ist die zweitgrößte in der Nachkriegsgeschichte. Und die FDP stellt mit Roman Müller-Böhm den jüngsten Abgeordneten.
 - 1,3 Millionen ehemalige Union-Wähler stimmen beim Urnengang 2017 für die Liberalen, 700.000 Nichtwähler konnte die FDP von sich überzeugen, 450.000 der SPD-Wähler und 110.000 Grünen-Wähler wählten FDP.
 - Die Liberalen überzeugten ihre frühere Kernwählerschaft der Selbstständigen, legten aber auch bei Beamten zu. Sie legten ebenfalls bei Wählern jeglichen Alters zu, besonders aber bei den jüngeren Menschen bis 24 Jahre.
 - Über 65 Prozent ihrer Wähler entschieden sich aufgrund der Sachlösungen für die Freien Demokraten.

Wir glauben, dass es anders geht

Die FDP hat die Sondierungsgespräche am Sonntag, den 19. November 2017 verlassen. Von einem Reformprojekt war ein mögliches Jamaika-Bündnis weit entfernt.



Nicole Kieser
Pressesprecherin der FDP

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gestaltete sich der Auftrag zur Regierungsbildung derart knifflig, wie nach der Bundestagswahl am 24. September 2017. Noch am Wahlabend schloss der bisherige Koalitionspartner, die SPD, eine Neuauflage der Großen Koalition aus. Sodann oblag es CDU, FDP, Grünen und CSU auszuloten, wo es trotz unterschiedlicher Wähleraufträge eine Basis für eine stabile Regierung geben könnte.

Allen Gesprächspartnern war klar, dass Kompromisse von allen Seiten erforderlich sind. Nicht verhandelbar waren für die Freien Demokraten allerdings Trendwenden, die das Land in den Bereichen Bildung, Einwanderung, Entlastung und Europa nach vorne bringen. Am Ende der Verhand-

lungsrunden lag jedoch allenfalls ein „Weiter so“ auf dem Tisch. Von einem Reformprojekt war ein mögliches Jamaika-Bündnis weit entfernt. Die FDP hat daher die Sondierungsgespräche am 19. November 2017 verlassen.

Die Freien Demokraten glauben, dass es anders geht. Sie machen Politik, von der sie überzeugt sind. Von dem Sondierungsstand nach wochenlangen Gesprächen waren sie es nicht.

Eine weltbeste Bildung, durch die jeder selbstbestimmt seine Zukunft gestalten kann, kann nur durch eine Modernisierung des Bildungssystems und unserer Bildungseinrichtungen erreicht werden. In den Sondierungsrunden wurde



Nicola Beer

Foto: Caitlin Hardee

die Forderung der FDP nach einer Reform des Bildungsföderalismus abgelehnt. Andere Maßnahmen gingen über den Kurs der Großen Koalition nicht hinaus.

Die FDP setzt sich für eine spürbare Entlastung der Bürger ein. Mit dem Ziel der Abschaffung des Solidaritätszuschlages in der laufenden Legislaturperiode konnte sich die FDP bei den Gesprächen nicht durchsetzen. Bei der Forderung nach einer Entlastung im Umfang von 30 bis 40 Milliarden Euro war die FDP kompromissbereit. Die anderen Parteien sprachen stattdessen über dutzende Milliarden Euro an Mehrbelastung.

Eine Trendwende bei der Zuwanderung wollen die Freien Demokraten über eine Steuerung und klare Regeln erreichen. Nach wochenlangem Ringen lag ein Kompromissangebot vor, wonach der Familiennachzug für zwei weitere Jahre ausgesetzt werden sollte, verbunden mit einer Härtefallregelung und der Schaffung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem. Die FDP hätte diesen Kompromiss mitgetragen. Die Grünen lehnten ihn ab.

In der Energiepolitik wollen die Freien Demokraten Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise in Einklang mit dem Klimaschutz bringen. Physikalische Realitäten sollte die Politik nicht ignorieren. Doch eine vernünftige Energiepolitik, die etwa das planwirtschaftliche Dauersubventionierungssystem nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Neuanlagen beendet hätte, war in einer Jamaika-Konstellation nicht zu machen.

Auch Europa geht anders: Mit klaren Regeln und konzentriert auf europäische Lösungen dort, wo es sinnvoll ist: beim



Statement von Christian Lindner und den Verhandlungsführern

Foto: Caitlin Hardee

Datenschutz, dem Energiebinnenmarkt oder bei der Verteidigung. Die Freien Demokraten wollen keine dauerhafte Transferunion, sondern die finanzpolitische Eigenständigkeit und Verantwortung der Mitgliedstaaten stärken. Anders als die Grünen will die FDP keine weiteren Budgets für Finanztransfers in Europa.

Politik muss Zukunft gestalten. Wir Freie Demokraten wollen sie digital gestalten. In Deutschland müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit jeder die Chancen des digitalen Fortschritts ergreifen kann. Als Tempomacher fordert die FDP ein Digitalministerium. Hier konnte in den Sondierungsgesprächen kein Durchbruch erzielt werden.

Am Ende der Sondierungsgespräche war ein Politikwechsel nicht in Sicht, stattdessen 237 eckige Klammern mit offenen, teils strittigen Punkten. Da ist es besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.

Jetzt fängt die Arbeit erst richtig an

Die Fraktion der Freien Demokraten befindet sich im Auf- und Ausbau. Sie hat die Oppositionsrolle angenommen und füllt sie selbstbewusst mit Initiativen aus.



Nils Droste
Redakteur

„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ Mit diesen Worten begründete Christian Lindner das Verlassen der Sondierungen für eine Jamaika-Koalition. Die inhaltlichen Widersprüche der vier Parteien ließen sich einfach nicht auflösen und es entwickelte sich keine gemeinsame Vertrauensbasis. Damit hat Lindner gleichzeitig die Oppositionsrolle für die Freien Demokraten angenommen. Nach vier Jahren in der außerparlamentarischen Opposition, einem intensiven Bundestagswahlkampf und ermüdenden Verhandlungen mit CDU, CSU und Grünen bedeutet das: jetzt fängt die Arbeit erst richtig an!

Die neue Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag befindet sich unterdessen mitten im Auf- und Ausbau. Bereits einen Tag nach der Bundestagswahl kamen

die Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung im Hans-Dietrich-Genscher-Haus zusammen. Dort fassten sie einen Gründungsbeschluss, diskutierten die Satzung und wählten Christian Lindner zum Fraktionsvorsitzenden sowie Marco Buschmann, Stefan Ruppert und Florian Toncar zu Parlamentarischen Geschäftsführern. Es dauerte allerdings noch bis zur konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages einen Monat später, bis die Fraktion den Status „in Gründung“ ablegen durfte.

Nun geht es für die Fraktion der Freien Demokraten mit ihren 80 Abgeordneten darum, vollständig arbeitsfähig zu werden und die Oppositionsrolle durch Anträge, Reden, Gesetzentwürfe und Pressemitteilungen auszufüllen. Dabei orientiert sich die Arbeit an den sechs Zielen des Leitbildes,



Foto: Fotolia

FDP füllt Rolle als Opposition im Bundestag aus.

die jeweils von einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden verantwortet werden: Weltbeste Bildung für jeden von Katja Suding, Vorankommen durch eigene Leistung von Michael Theurer, Selbstbestimmt in allen Lebenslagen von Stephan Thomae, Freiheit und Menschenrechte weltweit von Alexander Graf Lambsdorff, Politik, die rechnen kann von Christian Dürr und ein unkomplizierter Staat von Frank Sitta.

Ab sofort bringt die Fraktion selbstbewusst eigene Initiativen ein und ist zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit: so wurde bereits ein Gesetzentwurf zur Stärkung der Bürgerrechte eingebracht, der sich gegen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz richtet. Zudem sind Entwürfe zu einem Ein-

wanderungsgesetzbuch, dem Kooperationsverbot und der Abschaffung des Soli in Vorbereitung oder angedacht. Die Trendwenden, die die Freien Demokraten vor der Bundestagswahl gefordert haben, spiegeln sich in ihrem parlamentarischen Handeln wider.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist es nur eine Frage der Zeit, bis es zu einer erneuten Großen Koalition kommen wird. Dann ist es Aufgabe der Freien Demokraten, die Opposition aus der Mitte heraus anzuführen. Sollte es stattdessen zu einer Minderheitsregierung kommen, würden wir sie konstruktiv begleiten. Die Wähler der Freien Demokraten können sich darauf verlassen: Wir stehen für unsere Prinzipien und unsere Haltung ein. Und wir arbeiten weiter an der Modernisierung unseres Landes.

Die 80 Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Nach vierjähriger Abwesenheit sind die Freien Demokraten jetzt wieder im Deutschen Bundestag vertreten. Gemeinsam bilden die Abgeordneten die neue Fraktion.



Christian Lindner
Fraktionsvorsitzender



Dr. Marco Buschmann
Erster Parl. Geschäftsführer



Dr. Stefan Ruppert
Parl. Geschäftsführer



Dr. Florian Toncar
Parl. Geschäftsführer



Katja Suding
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Michael Theurer
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Stephan Thomae
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Alexander Lambsdorff
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Christian Dürr
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Frank Sitta
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Kubicki
Bundestagsvizepräsident



Dr. Hermann Otto Solms
Ehrevorsitzender der Fraktion



Grigorios Aggelidis
Abgeordneter



Renata Alt
Abgeordnete



Christine Aschenberg-Dugnus
Abgeordnete



Nicole Bauer
Abgeordnete



Jens Bееk
Abgeordneter



Nicola Beer
Abgeordnete



Mario Brandenburg
Abgeordneter



Dr. Jens Brandenburg
Abgeordneter



Karlheinz Busen
Abgeordneter



Carlo Cronenberg
Abgeordneter



Britta Katharina Dassler
Abgeordnete



Bijan Djir-Sarai
Abgeordneter



Hartmut Ebbing
Abgeordneter



Dr. Marcus Faber
Abgeordneter



Otto Fricke
Abgeordneter



Daniel Föst
Abgeordneter



Thomas Hacker
Abgeordneter



Kathrin Helling-Plahr
Abgeordnete



Markus Herbrand
Abgeordneter



Torsten Herbst
Abgeordneter



Katja Hessel
Abgeordnete



Dr. Gero Hocker
Abgeordneter



Dr. Christoph Hoffmann
Abgeordneter



Reinhard Houben
Abgeordneter



Manuel Höferlin
Abgeordneter



Ulla Ihnen
Abgeordnete



Olaf in der Beek
Abgeordneter



Gyde Jensen
Abgeordnete



Dr. Christian Jung
Abgeordneter



Thomas L. Kemmerich
Abgeordneter



Karsten Klein
Abgeordneter



Dr. Marcel Klinge
Abgeordneter



Katharina Kloke
Abgeordnete



Daniela Kluckert
Abgeordnete



Pascal Kober
Abgeordneter



Carina Konrad
Abgeordnete



Konstantin Kuhle
Abgeordneter



Alexander Kulitz
Abgeordneter



Dr. Lukas Köhler
Abgeordneter



Ulrich Lechte
Abgeordneter



Michael Link
Abgeordneter



Oliver Luksic
Abgeordneter



Till Mansmann
Abgeordneter



Dr. Jürgen Martens
Abgeordneter



Christoph Meyer
Abgeordneter



Alexander Müller
Abgeordneter



Roman
Müller-Böhm
Abgeordneter



Frank
Müller-Rosentritt
Abgeordneter



Prof. Dr.-Ing-
Martin Neumann
Abgeordneter



Hagen Reinold
Abgeordneter



Bernd Reuther
Abgeordneter



Dr. rer. pol. h. c.
Thomas Sattelberger
Abgeordneter



Christian Sauter
Abgeordneter



Dr. Wieland
Schinnenburg
Abgeordneter



Jimmy Schulz
Abgeordneter



Frank Schäffler
Abgeordneter



Matthias
Seestern-Pauly
Abgeordneter



Judith Skudelny
Abgeordnete



Bettina
Stark-Watzinger
Abgeordnete



Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann
Abgeordnete



Benjamin Strasser
Abgeordneter



Linda Teuteberg
Abgeordnete



Manfred
Todtenhausen
Abgeordneter



Prof. Dr. Andrew
Ullmann
Abgeordneter



Gerald Ullrich
Abgeordneter



Johannes Vogel
Abgeordneter



Sandra Weeser
Abgeordnete



Nicole Westig
Abgeordnete

Mit Verlässlichkeit, Rückgrat und liberaler Haltung



Dr. Gero Hocker
Bundestagsabgeordneter und General-
sekretär der FDP Niedersachsen

Die Wahl in Niedersachsen ist die erste Landtagswahl nach dem Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag. Eine Koalitionsaussage wurde vor der Wahl ausdrücklich nicht getroffen, ebenso wie sich Parteigremien für den Ausschluss einer sogenannten „Ampel-Koalition“ ausgesprochen hatten. Die desaströse rot-grüne Bildungs-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik zu beenden, war das erklärte Ziel im Wahlkampf. Als kleinster der drei Partner einer rot-grün-gelben Koalition und als Steigbügelhalter für die Fortsetzung von Rot-Grün zu fungieren, konnte keine Perspektive sein.

Die neue Landtagsfraktion besteht aus elf Abgeordneten und wird angeführt vom Landesvorsitzenden Stefan Birkner. Dass viele politische Inhalte auch aus der Opposition erkämpft werden können, haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode demonstriert. Auch gegenüber einer Großen Koalition werden wir für weltbeste und differenzierte Bildung, für lebenswichtige Infrastrukturprojekte wie die sogenannte „Küstenautobahn“, die A20, und für die A22, für flächendeckende Digitalisierung und nicht zuletzt für eine moderne Landwirtschaftspolitik streiten. Der Anfang ist schon gemacht: Die Landtagsfraktion hat mit ihrem 100-Tage-Programm die ersten inhaltlichen Punkte der neuen Legislaturperiode gesetzt und präsentiert sich gleich als Tempomacher des niedersächsischen Parlaments. Die Rückkehr zu verpflichtenden Noten ab der vierten Klasse,



Die Fraktion der FDP im niedersächsischen Landtag.

die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen und ein Ende der Pflichtmitgliedschaft in der Pflegekammer sind nur einige Forderungen.

Anders als in den Oppositionsjahren von 2013 bis 2017 können außerdem einige Themen nun gleichzeitig mit landes- und bundespolitischen Initiativen begleitet werden. Das alles macht Hoffnung auf die kommenden Jahre, denn einer hoch motivierten Landtagsfraktion stehen seit einigen Wochen auch sieben frisch gewählte Bundestagsabgeordnete aus Niedersachsen zur Seite. Die bevorstehenden fünf Jahre werden wir mit dem gleichen Leitmotiv angehen, wie die vergangenen Wochen vor und nach der Landtagswahl: mit Verlässlichkeit, Rückgrat und liberaler Haltung.

Hitzige Debatte um Schulgeldhöhe an privaten Ersatzschulen

Unsere Verfassung garantiert die Freiheit für Privatschulen. Wie Privatschulen vom Staat unterstützt werden, liegt in der Kompetenz der Bundesländer.



Christine Frohn
Themenmanagerin Bildung/
Digitales, Liberales Institut

Die Privatschullandschaft in Deutschland ist vielfältig und entspricht den Bildungswünschen vieler Eltern und Schüler: Es gibt reformpädagogische Schulen, die nach Waldorf- oder Montessori-Prinzipien arbeiten. Es gibt bilinguale Schulen und Einrichtungen, die besonders auf ein gutes Ganztagsprogramm Wert legen.

Eine hundertprozentige staatliche Förderung gibt es meist nicht, die meisten Schulen erheben Schulgeld. Eine Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB) aus dem vergangenen Jahr kritisierte, dass in vielen Fällen das durchschnittliche Schulgeld zu hoch sei. Dies führe dazu, dass die Trennung der Schüler nach sozialen Schichten gefördert werde. Privatschulen müssten sicherstellen, dass ihre Schülerschaft ein Abbild der sozioökono-

mischen Zusammensetzung der Schülerschaft öffentlicher Schulen sei. Nach Auffassung der Autoren verstoßen die Länder damit gegen das Grundgesetz. Dieses Gutachten löste eine heftige Debatte darüber aus, ob private Ersatzschulen nichts anderes als „Bildungsinseln reicher Eliten“ seien.

Dieser Angriff auf das Privatschulwesen hat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit keine Ruhe gelassen. Sie hat mit Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf von der Leibniz Universität Hannover eine renommierte Verfassungsrechtlerin beauftragt, in einem Rechtsgutachten das Sonderungsverbot genauer zu definieren. Ihr Fazit: Das Sonderungsverbot fordere, dass die privaten Ersatzschulen die Auswahl ihrer Schülerinnen und Schüler unabhängig



Foto: Shutterstock

Das Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein wichtiger Beitrag, die Debatte um die Privatschulfreiheit aus einem ideologisch vergifteten Debattenklima zu holen.

von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern vornehmen müssen. Das erhobene Schulgeld muss von Eltern aller Einkommens- und Vermögenschichten gezahlt werden können, z.B. durch ein einheitliches Schulgeld mit Schulgelderlass auf Antrag oder eine einkommens- und vermögensbezogene Staffelung des Schulgelds. Das Gutachten widerlegt, dass sich aus dem Sonderungsverbot Vorgaben für die Höhe des durchschnittlichen Schulgelds oder die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft ableiten lassen.

Das Gutachten ist ein wichtiger Beitrag, die Debatte um die Privatschulfreiheit aus einem ideologisch vergifteten Debattenklima zu holen. Dazu gehören mehr pädagogische Vielfalt, eine verlässliche Unterrichtsorganisation und eine

bessere Ausstattung bei Schulgebäuden, Lehrerversorgung und Digitalisierung. Wer beste Bildung und eine Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse von Eltern und Schülern will, sollte das eine nicht gegen das andere ausspielen.

Das Gutachten:

<https://www.freiheit.org/sonderungsverbot>

Die Freien Demokraten in Regierungsverantwortung

In drei Bundesländern setzen die Liberalen ihre Visionen mit großem Erfolg und hohem Tempo in die Realität um.



Dr. Thomas Hahn
Redakteur

„Sicherer, moderner und chancenreicher“ – das ist Christof Rasches Vision von Nordrhein-Westfalen. Seit Juni sind der FDP-Fraktionschef und seine 27 Landtagskollegen Teil eines schwarz-gelben Regierungsbündnisses. Für Rasche sind die Freien Demokraten der „Impulsgeber“ in der Koalition. Sie sorgen für das „hohe Tempo“ bei der Modernisierung des Landes: der erste Etat ohne neue Schulden seit 45 Jahren, eine Entfesselungsinitiative für die Wirtschaft und ein Kita-Rettungspaket.

Damit die Menschen die Chancen der Digitalisierung nutzen können, setzt Schwarz-Gelb in NRW wichtige Zukunftsimpulse. „Die Digitalisierung ist der Schlüssel – auch für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes“, betont Andreas Pinkwart. Der Freidemokrat treibt als Digitalisierungsmi-

nister den Breitbandausbau voran. Bis 2025 sollen sieben Milliarden Euro zusätzlich in flächendeckende Gigabit-Netze fließen. Yvonne Gebauer ist für einen weiteren Schwerpunkt der Regierungstätigkeit zuständig: die Schulpolitik. 2018 entstehen rund 1.300 neue Lehrerstellen, die von Rot-Grün zur Streichung vorgesehenen 3.300 bleiben erhalten. Zur Rettung der chronisch unterfinanzierten Kita-Träger ist es dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Familienminister Joachim Stamp gelungen, ein Rettungsprogramm in Höhe einer halben Milliarde Euro auf den Weg zu bringen. Mit der schnellen unbürokratischen Soforthilfe sorgt das Land dafür, dass in den kommenden zwei Jahren keine Kita in NRW schließen muss.

Unter Regierungsbeteiligung der FDP hat auch in Rhein-

land-Pfalz die digitale Aufholjagd begonnen. In Mainz trägt die FDP bereits seit anderthalb Jahren in einer Ampel-Koalition mit SPD und Grünen Regierungsverantwortung. Die FDP-Fraktionsvorsitzende Cornelia Willius-Senzer ist überzeugt: „Wir wollen sie dafür nutzen, unsere Behörden und Verwaltungen effizienter, schneller und bürgernäher zu machen.“ Bis 2023 sollen alle Gerichte auf die E-Akte umgestellt und die mehr als 250 Gerichtssäle des Landes mit Medientechnik und Internet ausgestattet sein. Dank der FDP geht auch die Digitalisierung in der Landwirtschaft voran: Landwirte können nun kostenfrei Satellitendaten nutzen, um ihre Maschinen auf dem Feld millimetergenau zu steuern. Das spart Dünger, Pflanzenschutzmittel und Saatgut. Auf Drängen der FDP stellte die Landesregierung auch mehr Geld für die Infrastruktur bereit. „Wir werden in diesem Jahr die insgesamt höchsten Investitionen in die Straßen haben, die es in Rheinland-Pfalz je gab“, betont FDP-Verkehrsminister Volker Wissing. Bis Ende 2018 würden über 400 Projekte realisiert.

„Investitionen braucht das Land“, fordert der damalige FDP-Fraktionschef in Schleswig-Holstein Wolfgang Kubicki.

Schulen, Straßen, Brücken und Universitäten befänden sich zum Teil in beklagenswertem Zustand. „2018 wird erstmals über eine Milliarde Euro in den Aufbau unseres Landes fließen – das sind 300 Millionen Euro mehr als 2016“, so Kubicki. Im seit Juni regierenden Jamaika-Kabinetts liegt die Verantwortung für Wirtschaft und Verkehr bei dem Freidemokraten Bernd Buchholz. Unter dessen Vorsitz hat sich inzwischen erstmals ein Mittelstandsbeirat konstituiert. Für Buchholz ein „Baustein auf dem Weg zu unserem Ziel, das mittelstandsfreundlichste Bundesland zu werden“.

Erklärtes Ziel in allen drei Ländern ist zudem, die Autorität des Rechtsstaates wiederherzustellen. Nicht durch Freiheitseingriffe, sondern durch einen besseren Gesetzesvollzug. Dazu gibt es mehr Personal – in NRW insgesamt rund 2.500 neue Stellen bei Polizei und Justiz. Und in Rheinland-Pfalz entsteht eine Landeszentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus. „Zukünftig wird dadurch die Strafverfolgung von Terrorverdächtigen wesentlich schneller und effektiver möglich sein“, ist sich Willius-Senzer sicher.

Anzeige



Jeder zweite Haushalt in Deutschland heizt günstig mit Gas.
In Zukunft vielleicht sogar mit Gas aus Wind und Sonne.
Die Technik dazu? Gibt es schon heute. www.zukunft-erdgas.info

ERDGAS



Nur in legalen Spielhallen

gelten klare Regeln.

Falsche Regulierungsanreize führen zu einer Ausweitung von unerlaubtem Glücksspiel in Schwarzmärkten. Die Deutsche Automatenwirtschaft ist der Garant für ein legales und vor allen Dingen sicheres Spielangebot. Bei uns gilt:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenpiel auf automatenwirtschaft.de

**DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT**



**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**